

in Lausanne einen Kompromiß, der es beiden chinesischen Teilstaaten erlaubt, an den kommenden Olympischen Spielen in Lake Placid und in Moskau (1980) teilzunehmen. Die Entscheidung wurde am 28. November von der chinesischen Führung in der Großen Halle des Volkes in Peking - in Anwesenheit u.a. von Deng Xiaoping - gefeiert (XNA, 27., 28., und 29. 11.79). Auch die RMRB brachte am 28. November einen Artikel, in dem die "realistische" Haltung des IOC gelobt wurde. Der Kompromiß sieht vor, daß das Olympische Komitee der VR China zu der olympischen Bewegung, die es 1958 verlassen hatte, als eigentliche Vertretung Chinas wieder zurückkehren kann.

Taiwans Mitgliedschaft wird aufrechterhalten, sofern das Nationale Olympische Komitee seinen Namen auf "Chinesisches Olympisches Komitee Taibei" umstellt sowie Flagge, Hymne und das Emblem bis zum 1. Januar 1980 freiwillig ändert. Taiwan darf auch nicht mehr unter der Bezeichnung "Republik China" auftreten. Dies hieße, daß Taibei im Sportbereich die 1911 von Sun Yatsen geschaffene Fahne und Hymne sowie den Staatsnamen aufgibt und damit - wegen der Beteiligung an einem sportlichen Ereignis - eine immerhin achtundsechzigjährige Tradition aufgibt. Taiwan könnte allerdings die Bezeichnung "chinesisch" beibehalten.

-we-

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (25) China hat zweitausendzweihundertdreißig Studierende ins Ausland entsandt

In den letzten zweiundzwanzig Monaten sind nach Auskunft des Ministeriums für Erziehung und der chinesischen Akademie der Wissenschaften insgesamt zweitausendzweihundertdreißig chinesische Studierende in insgesamt dreiunddreißig Länder entsandt worden. Die meisten von ihnen gingen in die USA (fünfhundert), nach Großbritannien (dreihundert), Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland (je zweihundert) sowie Japan (einhundert). Andere Gastländer sind Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Italien, Volksrepublik Korea, Kuwait, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Jugoslawien. Unter den Entsandten sind eintausendsechshundert wissenschaftliche Referenten, die ihren Gastländern z.T. nur kürzere Besuche abstatten, ferner einhundertachtzig Studenten mit abgeschlossener Staatsprüfung und vierhundertzwanzig Studenten ohne abgeschlossenes Studium. Eintausendachtundstudieren Naturwissenschaften und vierhundert Sozialwissenschaften sowie Sprachen (XNA 9.11.79).

-we-

### (26) Immer mehr Patenschaften

Nachdem die Bewegung der Städte-Partnerschaften zwischen China und Japan bereits hoch in Mode gekommen ist, werden nun auch Freundschaftsbeziehungen mit Städten Europas und der USA errichtet. Am 23. November beispielsweise wurde eine solche Partnerschaftsbeziehung zwischen Rotterdam und Shanghai, den größten Häfen des jeweiligen Landes geschlossen, (XNA, 24.11.79). Ferner wurden Nanjing und St. Louis/USA "Schwesterstädte" (XNA, 2.11.79). Bereits am 31. Oktober war ein "Freundschaftsabkommen" zwischen der Provinz Hubei und dem US Staat Ohio geschlossen worden (XNA, 31.10.79). Zweck solcher Abkommen ist es, den beiderseitigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch zu intensivieren. In dem Ohio-Vertrag war auch von amerikanischen Investitionen die Rede.

-we-

## INNENPOLITIK

### (27) 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses

Die 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 23. bis 29. November 1979 in Peking statt. Den verschiedenen Berichten und Meldungen in den chinesischen Massenmedien zufolge, faßten die Teilnehmer verschiedene Beschlüsse, die im folgenden kurz abgehandelt werden (siehe RMRB, 30.11.79; Radio Peking, 29.11.1979, nach SWB, 2.12.79; Xinhua, 26.11.79, nach SWB, 30.11.79; XNA, 23., 26., und 27.11.79).

1. Beschluß über die Gültigkeit der Gesetze und Verordnungen, die nach der Gründung der Volksrepublik China ausgearbeitet wurden.

Nach diesem Beschluß bleiben alle Gesetze und Verordnungen, die seit der Gründung der Volksrepublik China am 7. Oktober 1949 von der früheren Zentralen Volksregierung und später vom Nationalen Volkskongreß und seinem Ständigen Ausschuß ausgearbeitet, beschlossen und erlassen worden waren, weiterhin gültig, sofern sie nicht in Widerspruch zur jetzigen Verfassung und zu den anderen Gesetzen stehen, die vom V. Nationalen Volkskongreß und von dessen Ständigen Ausschuß verabschiedet wurden. In seiner Erläuterung dieses Resolutionsentwurfes nannte der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuß des V. NVK drei Gründe für das weitere Festhalten an den alten Gesetzen:

a) Die nach Gründung der Volksrepublik erlassenen Gesetze und Verordnungen seien soziali-

stische Gesetze und Verordnungen, die unter der demokratischen Diktatur des Volkes erlassen worden seien und die deshalb fortbestehen müßten.

b) Diese Gesetze und Verordnungen fördern die Vervollkommung und Festigung der sozialistischen Rechtsordnung.

c) Sie seien notwendig, um die Stabilität und die Einheit zu stärken und um die "Vier Modernisierungen" zu verwirklichen (siehe auch RMRB, 30.11.79).

2. Beschluß über die Annahme von zusätzlichen Verordnungen des Staatsrats über die Umerziehung durch Arbeit.

Mit diesen fünf zusätzlichen Verordnungen werden die Bestimmungen über Umerziehung durch Arbeit vom 1. August 1957 ergänzt. Die neuen Zusatzverordnungen beschränken die Dauer der Umerziehung durch Arbeit auf maximal drei Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein weiteres viertes Jahr. Die Mindestdauer der Umerziehung durch Arbeit soll ein Jahr betragen. Darüber hinaus sollen Verwaltungsausschüsse für das Umerziehungsprogramm eingerichtet werden. Die Umerziehungslager sollen der Überwachung durch die Volksanwaltschaft unterstehen. Ausdrücklich festgelegt wurde, daß die Diskriminierung derer, die eine Umerziehung durch Arbeit hinter sich haben, sowie ihrer Familienangehörigen bei der Aufnahme in Schulen oder bei der Arbeitssuche strikt verboten sei.

Die "Umerziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyang) wird meist gegenüber jugendlichen Straftätern angewandt, die zum ersten Mal eine Straftat begangen haben. Sie darf nicht mit der wesentlich härteren "Umformung durch Arbeit" (laodong gaizao, abgekürzt als "laogai" bekannt; bisweilen auch als Zwangsarbeit "qiangpo laodong" bezeichnet) verwechselt werden, der jugendliche Rückfalltäter, Kriminelle und sog. Konterrevolutionäre unterworfen werden.

Die nun erlassenen zusätzlichen Verordnungen zu den Bestimmungen über die Umerziehung durch Arbeit aus dem Jahr 1979 müssen vor dem Hintergrund einer in jüngster Zeit erheblich gestiegenen Jugendkriminalität gesehen werden.

3. Beschluß über die Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden des V. NVK, Peng Zhen, zum amtierenden Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des V. NVK.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des V. NVK, Ye Jianying, wurde Peng Zhen zum amtierenden Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des NVK ernannt. Peng löst damit offiziell seinen Amtsvorgänger, den jetzigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ji Pengfei ab. Peng Zhen ist damit der "Aufsteiger des Jahres" unter den chinesischen Politikern. Nachdem Peng im Juli 1966 als kapitalistisches

Ungeheuer gestürzt worden war, tauchte er erst im Januar 1979 wieder auf. Im Februar wurde er bereits Vorsitzender des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des V. NVK. Auf der 2. Tagung des V. NVK wurde Peng zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK gewählt, und die 4. Plenarsitzung des XI. Zentralkomitees der KPCh hievte ihn im September wieder ins Politbüro. Mit seiner jetzigen Ernennung zum amtierenden Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses führt Peng Zhen nun die Amtsgeschäfte des chinesischen Parlaments. Er ist - wie Hu Yaobang als Direktor des Sekretariats (und damit Generalsekretär) des Zentralkomitees der KPCh innerhalb der Kommunistischen Partei - der eigentliche "Macher" innerhalb des legislativen Organs der Volksrepublik China. Wie Hu Yaobang ist auch Peng Zhen ein enger Gefolgsmann Deng Xiaopings.

4. Verabschiedung einer Namensliste von stellvertretenden Generalsekretären des Ständigen Ausschusses des V. NVK und des Generalsekretärs des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des V. NVK und seiner Stellvertreter.

Zheng Tao und Gao Dengbang wurden zu stellvertretenden Generalsekretären des Ständigen Ausschusses des NVK ernannt, während Wu Xinyu zum Generalsekretär, Liu Fuzhe zum ersten stellvertretenden Generalsekretär und Wang Hanbin zum stellvertretenden Generalsekretär des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des V. NVK ernannt wurden (siehe auch die Rubriken "Personal Data" im Anhang dieses Heftes).

5. Verabschiedung einer Namensliste von Mitgliedern des Gerichtskomitees des Höchsten Volksgerichtshofs.

Folgende 11 Personen wurden zu Mitgliedern des Gerichtskomitees des Höchsten Volksgerichtshofs ernannt: Jiang Hua, Wang Weigang, Zeng Hangzhou, He Lanjie, Zheng Shaowen, Wang Zhanping, Yang Hua'nan, Wang Huaian, Lu Mingjian, Li Rongdi (f) und Li Yuepo (siehe auch die Rubrik "Personal Data" im Anhang dieses Heftes).

6. Verabschiedung einer von der Höchsten Anwaltschaft zur Genehmigung vorgelegten Namensliste von zu ernennenden Oberstaatsanwälten.

Ernannt wurden:

- Li Fuxiang zum Oberstaatsanwalt der Volksanwaltschaft der Provinz Henan,
- Yang Ziwei zum Oberstaatsanwalt der Volksanwaltschaft der Provinz Qinghai,
- Liu Fengsheng zum Oberstaatsanwalt der Volksanwaltschaft des Autonomen Gebiets Xinjiang der Uiguren,
- Jiangcunloubo zum Oberstaatsanwalt der Volksanwaltschaft des Autonomen Gebiets Tibet (siehe auch die Rubrik "Personal Data" im Anhang dieses Heftes).

7. Verabschiedung einer Namensliste von ernannten und zurückberufenen Botschaftern.

Diese Liste wurde in den chinesischen Massenmedien nicht veröffentlicht.

Darüber hinaus befaßten sich die Teilnehmer der 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK mit dem Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yu Qiuli über die Europa-Reise Hua Guofengs. In seinem Bericht über die Hua-Reise betonte Yu u.a., daß die westeuropäischen Staaten großes Interesse an Chinas Modernisierungsprogramm gezeigt hätten und der Meinung gewesen seien, daß die gegenwärtige ökonomische Readjustierung Chinas eine positive Entwicklung darstelle. Alle vier besuchten Länder würden der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, der Ausbildung, der Verbesserung des Managements und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität großen Wert beimessen - hiervon könne China für seine Modernisierung lernen.

Ebenfalls diskutiert wurden Fragen der weiteren Stärkung des Rechtssystems und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der "Mauer der Demokratie" in Peking behandelt. Die Teilnehmer der Sitzung vertraten die Auffassung, daß einige Leute mit schlechten Hintergedanken die Mauer an der Straßenkreuzung Changanjie/Xidan ausgenutzt hätten, um illegale Aktivitäten auszuführen, die soziale Ordnung durcheinanderzubringen und den Prozeß der "Vier Modernisierungen" zu behindern. Deshalb sei es dringend notwendig, dieses Problem zu lösen. Der Ständige Ausschuß des V. NVK war auf seiner 12. Sitzung übereinstimmend der Meinung, daß das Problem der "Mauer der Demokratie" am Xidan-Markt durch entsprechende Maßnahmen des Revolutionskomitees der Stadt Peking gelöst werden könne. Wie diese Lösung aussehen wird, läßt sich unschwer aus den folgenden Stellungnahmen von fünf Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des NVK herauslesen, die von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlicht wurden (XNA, 27.11.79).

Xu Deheng, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des V. NVK: "Für einige Leute hat sich die Xidan-Mauer zu einer 'laissez faire'-Tribüne entwickelt, wobei auch noch Ausländer ihren Senf hinzugeben. Der Konterrevolutionär Wei Jingshen und seinesgleichen benutzten die Wand als Plattform zur Durchführung konterrevolutionärer Aktivitäten. Ich habe verschiedene historische Zeiträume erlebt und habe eine Vorstellung davon, was die Bourgeoisie als "Demokratie" und "Freiheit" bezeichnet. Die "Freiheit" und "Demokratie", die von einigen Leuten an der Xidan-Mauer propagiert wird, ist mir recht gut bekannt. Politisch besteht im Augenblick die wichtigste Aufgabe in China darin, Stabilität und Einheit zu gewährleisten, um die "Vier Modernisierungen" zu erreichen. Einige Personen versuchen jedoch, die Mauer als ihre Plattform zu verwenden, von der aus sie diesen Prozeß zersetzen wollen. Wir können nicht zulassen, daß dieser Zustand weiter andauert."

Zhang Wenyu: "In unserem sozialistischen Land müssen diejenigen Menschen hart bestraft werden, die offen gegen die vier grundlegenden Prinzipien der Aufrechterhaltung der Führung der Kommunistischen Partei, der Diktatur des Proletariats, des Marxismus-Leninismus und der Maozedongideen sowie des sozialistischen Weges opponieren, mit Ausländern kollaborieren und sie um Geld und politisches Material bitten, um Aktivitäten gegen das sozialistische System durchzuführen. Wei Jingshen ist ein Fall, auf den dies zutrifft. Bei seinen Aktivitäten hatten Ausländer ihre Hand im Spiel. Ein ausländischer Journalist schrieb, daß im Laufe des letzten Jahres Ausländer eine große Rolle in der "demokratischen Bewegung" in China gespielt hätten. Dies ist eine gute Illustration für den Kern des Problems."

Li Ruihan: "Unser sozialistisches Rechtssystem duldet keinen Angriff auf die Kommunistische Partei und das sozialistische System durch Wandzeitungen sowie den Verkauf von Nachrichtenmaterial, noch duldet es irgendeine Tätigkeit mit dem Ziel, Unruhe zu schaffen und die soziale Ordnung zu zersetzen. Wenn man dieser Handvoll Menschen erlauben würde, diese Sorte "Demokratie" und "Freiheit" zu praktizieren, so würde dies die Demokratie und Freiheit der ganzen Nation gefährden. Es würde sich gegen den Willen des Volkes im ganzen Land richten und seinen grundlegenden Interessen schaden, wenn man dies zulassen würde."

Sheng Wan: "Unser Staat beruht auf der Volksdemokratie, in der das Volk sich umfassender demokratischer Rechte erfreut. Jeder hat das Recht, die Führung auf allen Ebenen zu kritisieren und seine Ansichten zu Staatsangelegenheiten zu äußern. Unsere Politik gegenüber Menschen, die ihre Meinung zum Ausdruck bringen, läuft nicht darauf hinaus, an ihnen herumzumäkeln, ihnen politische Etiketten umzuhängen oder ihnen mit großen Knüppeln zu drohen. Aber warum bestehen einige Leute darauf, daß es in Peking und im übrigen China keine Demokratie gibt, außer an der Xidan-Mauer? Tatsache ist, daß eine Handvoll schlechter Menschen mit Hintergedanken versuchen, diese Mauer zu benutzen, um die Volksdemokratie zu untergraben."

Xiang Layu (f): "Jedesmal, wenn ich in den letzten Monaten zu den Sitzungen des Ständigen Ausschusses des NVK nach Peking kam, baten mich die Menschen, den Vorschlag vorzubringen, daß die Xidan-Mauer als Plattform für eine winzige Zahl von Leuten zur Anstiftung von Unruhen, zur Zersetzung der sozialen Ordnung und zur Unterminierung von Stabilität und Einheit verboten werden sollte... Statt zur Arbeit zu gehen, rotten sich diese Leute zusammen, verbreiten durch Wandzeitungen Gerüchte, durch die sie versuchen, die Nation wieder ins Chaos zu stürzen. Sie bemühen sich immer noch, die Taktik zu verfolgen, im Chaos die Macht zu ergreifen. Dies beweist, daß der Einfluß Lin Biaos und der Viererbande immer noch sehr stark ist und daß

große Anstrengungen erforderlich sind, um diesen Einfluß zu beseitigen."

Dieses Totengeläute für die "Mauer der Demokratie" am Xidan-Markt in Peking fügt sich nahtlos in jenes repressive politische Klima ein, in dem der Oppositionelle Wei Jingshen im Oktober dieses Jahres durch ein politisches Terror-Urteil zu 15 Jahren Haft verurteilt werden konnte und in dem im November 1979 weitere Oppositionelle verhaftet wurden (siehe C.a., Oktober 1979, U28).

-sch-

### **(28) Nationale Kongresse der demokratischen Parteien und der Vereinigung der Industriellen und Kaufleute**

Vom 11. bis 22. Oktober 1979 hielten die acht demokratischen Parteien der Volksrepublik China und die Nationale Vereinigung der Industriellen und Kaufleute in Peking nationale Kongresse ab. Es war das erstmalig, seit ca. 20 Jahren, daß die Kommunistische Partei Chinas diesen politisch unbedeutenden Gruppierungen erlaubte, wieder einmal zusammenzutreten. Auf ihren nationalen Kongressen faßten diese politischen Organisationen ihre bisherige Tätigkeit zusammen, legten die Richtlinien für die künftige Arbeit fest, änderten ihre Statuten ab und wählten neue Führungsorgane. Da es die Kommunistische Partei Chinas den demokratischen Parteien bisher nicht erlaubte, neue Mitglieder aufzunehmen, hat sich die Mitgliederzahl dieser Parteien in den 30 Jahren der Existenz der Volksrepublik China erheblich verringert, und es besteht die Gefahr, daß sie zusammen mit ihren letzten Mitgliedern aussterben. Aus diesem Grund planen diese Parteien nun mit Zustimmung der Kommunistischen Partei Chinas, neue Mitglieder aufzunehmen. Die acht demokratischen Parteien sind: Das Revolutionäre Komitee der Chinesischen Guomindang, die Demokratische Liga Chinas, die Gesellschaft für den demokratischen Aufbau Chinas, die Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas, die Demokratische Partei der Arbeiter und Bauern Chinas, die Zhi Gong Dang Chinas, die Jiusan-Gesellschaft und die Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans. Alle acht demokratischen Parteien und die nationale Vereinigung der Industriellen und Kaufleute gehören der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes an, die die nationale Dachorganisation der "Einheitsfront" ist, d.h. eine politische Gemeinschaft der nichtkommunistischen demokratischen Parteien und Gruppen, der Volksverbände der Nationalen Minderheiten, der Auslandschinesen und auch der verschiedenen religiösen Gruppen und Organisationen auf nationaler Ebene. Aufgabe der PKCV und ihrer Mitglieder ist es, die Einheitsfront unter der Führung durch die KPCh zu entwickeln und - vor allem in der nichtkommunistischen Öffentlichkeit - für die Unterstützung der KPCh-Politik zu werben. Nachdem die PKCV im

Jahr 1954 ihren Charakter als Organ der Staatsmacht verlor und zu einem nur mehr beratenden Organ der Regierung degenerierte, spielen die PKCV und ihre Mitglieder keine größere politische Rolle mehr. Die Wiederbelebung der Aktivitäten der acht demokratischen Parteien in der Volksrepublik China und der nationalen Vereinigung der Industriellen und Kaufleute ist jedoch ein Angebot der jetzigen chinesischen Staats- und Parteiführung an die alten nichtkommunistischen Intellektuellen, an der Ausgestaltung des neuen politischen Kurses in China mitzuwirken und zur Modernisierung Chinas beizutragen.

-sch-

### **(29) VI. Nationale Arbeitskonferenz der Jungen Pioniere**

Die vom Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbands Chinas einberufene VI. Nationale Arbeitskonferenz der Jungen Pioniere fand vom 10. bis 17. Oktober 1979 in Peking statt. Diese 1949 gegründete Massenorganisation für Kinder war 1967 ein Opfer der Kulturrevolution geworden. Die VI. Nationale Arbeitskonferenz der Jungen Pioniere markiert das Wiederaufleben der Aktivitäten dieser dem Kommunistischen Jugendverband angegliederten Massenorganisation. Von den gegenwärtig 200 Mio. Kindern und Jugendlichen im Alter von 7 bis 15 Jahren sind 70 Mio. Mitglieder der Jungen Pioniere. Die 2 Mio. Instrukteure der Jungen Pioniere wurden deshalb auf der Arbeitskonferenz aufgefordert, noch mehr Kinder und Jugendliche für die Jungen Pioniere anzuwerben (Xinhua, 23.10.79, nach SWB, 27.10.79).

-schi-

### **(39) Erste Direktwahlen von Volkskongressen auf verschiedenen lokalen Ebenen**

Bereits vor dem offiziellen Inkrafttreten des "Wahlgesetzes des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse aller Ebenen der Volksrepublik China" am 1. Januar 1980 haben im November in einigen Kreisen, Stadtverwaltungsbezirken und Volkskommunen direkte Wahlen zum jeweiligen lokalen Volkskongreß stattgefunden. Das auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 1. Juli 1979 verabschiedete neue Wahlgesetz sieht vor, daß die Abgeordneten zu den Volkskongressen der Städte, die nicht in Verwaltungsbezirke aufgeteilt sind, der Stadtverwaltungsbezirke, der Kreise, der Autonomen Kreise, der Volkskommunen und der Kleinstädte (zhen) direkt gewählt werden. Wahlberechtigt sollen alle jene Bürger sein, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, mit Ausnahme derer, denen die politischen Rechte abgesprochen wurden (RMRB, 5.7.79). Die vorgezogenen Direktwahlen zu den lokalen Volkskongressen in einigen Kreisen, Stadtverwaltungsbezirken und

Volkskommunen im November d.Js. sollen sehr wahrscheinlich Modellcharakter für die im kommenden Jahr 1980 abzuhaltenden allgemeinen Wahlen im ganzen Land haben. Besondere Publizität kam dabei den Direktwahlen zum VII.Volkskongreß des östlichen Stadtverwaltungsbezirks von Peking zuteil. Im folgenden werden der Prozeß und die Ergebnisse der Direktwahlen zum Volkskongreß in fünf ausgewählten Orten dargestellt:

#### 1. Stadtverwaltungsbezirk Ost, Peking

Direktwahlen zum VII.Volkskongreß des Verwaltungsbezirks Ost von Peking fanden am 8. und 15. November 1979 statt. Wahlberechtigt waren 384.000 von 610.000 Bürgern, d.h. knapp 63%. 373.479 Menschen, d.h. 96% der Wahlberechtigten, beteiligten sich an dieser ersten Wahl seit 13 Jahren im östlichen Stadtverwaltungsbezirk der chinesischen Hauptstadt. Gewählt wurde in 115 Wahlbezirken, wobei die Wahl in 10 Wahlbezirken vorgezogen wurde und bereits am 8. November 1979 stattfand, um - wie es offiziell hieß - "Erfahrungen zu sammeln" (XNA, 15.11.79). 350 Delegierte von zuletzt 592 Kandidaten mußten gewählt werden, wobei die einfache Mehrheit für die Wahl eines Abgeordneten ausreichte. In zwei Fällen wurde sie nicht erreicht, so daß hierfür Nachwahlen erforderlich werden. Von den gewählten Mitgliedern des neuen Volkskongresses sind 218 Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas, d.h. knapp 63% - unter den 592 Kandidaten hatten sich 396 KP-Mitglieder, das sind 67%, befunden. Unter den neu gewählten Volkskongreß-Abgeordneten sind u.a. auch 19 Vertreter der moslemischen Hui-Nationalität, von denen insgesamt 16.000 im östlichen Stadtverwaltungsbezirk Pekings leben. Die Hui sind damit im Volkskongreß anteilmäßig doppelt so stark vertreten, als ihr Bevölkerungsanteil ausmacht (5,4%:2,6%) - so stark überrepräsentiert wie die KP-Mitglieder sind sie freilich nicht (im Landesmaßstab machen die KP-Mitglieder nur 3,7% der Bevölkerung aus). Relativ unterrepräsentiert im VII.Volkskongreß des östlichen Stadtverwaltungsbezirks Peking sind die Frauen, doch ist ihr Anteil mit 35% nicht nur für asiatische Verhältnisse gewaltig.

Die Vorbereitungen für diese Wahlen hatten bereits im September begonnen. Die Aufstellung der Kandidatenliste benötigte allein gut einen Monat. Zunächst waren 7866 Personen als Kandidaten vorgeschlagen worden. Nach Diskussionen mit Vertretern der 115 Wahlbezirke wurden 622 Kandidaten ausgewählt und auf eine zweite Liste gesetzt. Diese zweite Liste wurde einem Wahlkomitee unterbreitet, das sich aus Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Kreise zusammensetzte - wer bzw. welche Institution über die Zusammensetzung dieses Wahlkomitees entschieden hatte, wurde in den Medien nicht berichtet. Nachdem sich das Wahlkomitee mit Vertretern der verschiedenen Einheiten und Verbände des östlichen Stadtverwaltungsbezirks, z.B. des Bezirksparteikomitees, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, der Gewerkschaft, des Kommunistischen Jugend-

verbandes, des Frauenverbandes usw., beraten hatte, stellte es auf der Grundlage der zweiten Liste eine vorläufig endgültige dritte Kandidatenliste mit 592 Personen auf. "Als das Komitee sich überzeugt hatte, daß der größte Teil der Wähler mit dieser Liste einverstanden war, wurde sie rechtskräftig" - so zumindest die offizielle Berichterstattung (XNA, 15.11.79). Auf welche Weise und mit welchen Mitteln sich das Wahlkomitee davon überzeugen ließ, daß der größte Teil der Wähler mit dieser dritten Liste einverstanden war, wurde in der offiziellen Berichterstattung nicht geklärt (XNA, 15.11.79 und 21.11.79).

#### 2. Kreis Gaoyao, Provinz Guangdong

Die Vorbereitungen für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkskongreß des Kreises Gaoyao begannen ebenfalls im September d.Js. Zunächst wurde ein Wahlkomitee gebildet und danach ein Wählerverzeichnis erstellt. Sodann wurde der Kreis in 440 Wahlbezirke unterteilt. Insgesamt wurden 6005 Personen zu Kandidaten vorgeschlagen. Nachdem das Wahlkomitee Diskussionen und Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Kreise geführt hatte, setzte es eine offizielle Kandidatenliste mit 1302 Namen fest, von denen letztlich 686 zu Abgeordneten des Volkskongresses des Kreises Gaoyao gewählt wurden (Dongxing, Nr. 15 (16.12.79), S.43).

#### 3. Kreis Panyu, Provinz Guangdong

Die Vorbereitungen für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkskongreß des Kreises Panyu in der Provinz Guangdong begannen ebenfalls bereits im September. Zunächst waren 6921 Kandidaten vorgeschlagen worden. "Nach demokratischen Diskussionen und Verhandlungen" wurde schließlich eine offizielle Kandidatenliste mit 1134 Namen festgelegt. Gewählt wurden 625 Abgeordnete zum Volkskongreß des Kreises Panyu (Radio Guangdong, 18.11.79, nach SWB, 3.12.79).

#### 4. Kreis Changde, Provinz Hunan

Auch hier begannen die Vorbereitungen für die Wahlen zum Kreisvolkskongreß im September. Wahlberechtigt waren 686.866 Personen, das sind 54,5% der Gesamtbevölkerung des Kreises Changde. Die Wahlbeteiligung lag bei 96,6% (Radio Hunan, 14.11.79, nach SWB, 3.12.79).

### 5. Volkskommune Shengli, Kreis Emei, Provinz Sichuan

Die Wahlen zum Volkskongreß der Volkskommune Shengli wurden ausdrücklich als ein erster Versuch mit Modellcharakter qualifiziert. Die Volkskommune Shengli hat eine Bevölkerung von 12.900 Menschen, die in 70 Produktionsgruppen unter 9 Produktionsbrigaden arbeiten. Der Wahlprozeß wurde eingeleitet mit der Schaffung eines Wahlkomitees und der Einteilung der Volkskommune in Wahlbezirke. Jeder Wahlbezirk schuf eine eigene "Wahlführungsgruppe". Veranstaltungen zur Mobilisierung der Bevölkerung, an den Wahlen teilzunehmen, fanden in jedem Wahlbezirk statt. Das Wahlkomitee der Volkskommune fertigte ein Wählerverzeichnis an und gelangte nach mehreren Diskussionen zu der Ansicht, daß die Kandidaten von den Wählern selbst vorgeschlagen werden sollten. Insgesamt wurden 294 Kandidaten vorgeschlagen, d.h. 200 Prozent mehr als tatsächlich gewählt werden konnten. Das Wahlkomitee der Volkskommune Shengli kürzte diese Kandidatenliste dann auf 183 zur Wahl stehende Personen, von denen die Bevölkerung 122 zu Abgeordneten des Volkskongresses wählen mußten. Die einzelnen Wahlbezirke druckten eine Liste der im jeweiligen Bezirk zur Wahl stehenden Kandidaten und eine Kurzfassung ihrer Lebensläufe. Die Wahlbeteiligung lag bei über 97% (Radio Sichuan, 25.11.79, nach SWB, 3.12.79).

Erste Direktwahlen hatte es in der Volksrepublik China bereits Ende 1978 gegeben, nachdem der IX.Nationale Gewerkschaftskongreß im Oktober 1978 festgelegt hatte, daß Werkhallendirektoren, Abteilungsleiter und Vorarbeiter in den Industriebetrieben zukünftig von den Arbeitern direkt gewählt werden sollten. Kurz danach beschloß die 3.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978, daß auch die Kader der Volkskommunen direkt von den Bauern gewählt werden sollten (PRu, 1978/Nr.42, S.7; PRu, 1978/Nr.52, S.13).

-sch-

### (31) Weitere Tagungen von Volkskongressen auf Provinzebene angekündigt

Mit Anhui, Gansu und Hubei haben drei weitere Provinzen die Einberufung von Tagungen ihrer Volkskongresse auf Provinzebene beschlossen. Aufgabe dieser Tagungen wird es u.a. sein, den Ständigen Ausschuß des Provinz-Volkskongresses und die Provinz-Volksregierung zu wählen. Die Schaffung von Ständigen Ausschüssen der lokalen Volkskongresse von der Kreisebene an aufwärts und die Bildung von Volksregierungen in Provinzen, Autonomen Gebieten, regierungsunmittelbaren Städten, Bezirken, Autonomen Bezirken, Kreisen, Autonomen Kreisen, Städten, Stadtverwaltungsbezirken und Kleinstädten ist im "Organisationsgesetz der lokalen Volkskongresse und

der lokalen Volksregierungen aller Ebenen der Volksrepublik China", das auf der 2.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses am 1.Juli 1979 verabschiedet worden war, vorgeschrieben.

In Anhui trat das Revolutionskomitee der Provinz vom 1.- 4.11.1979 zusammen und beschloß die Einberufung des V.Volkskongresses der Provinz Anhui, ohne jedoch ein genaues Datum zu benennen (XNA, 5.11.1979). Gleichzeitig hielt der Ständige Ausschuß des IV.Provinzkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes von Anhui seine 5.Sitzung ab und beschloß die Einberufung der 2. Plenartagung des IV.Provinzkomitees der PKCV noch in diesem Jahr (Radio Anhui, 7.11.1979, nach SWB, 16.11.1979). In der Provinz Gansu trat der dortige Volkskongreß zu einer vorbereitenden Sitzung am 29.11.1979 zusammen und beschloß die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung des Provinz-Volkskongresses. Gleichzeitig wurden die Präsidiumsmitglieder und ein Generalsekretär für die 2.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Gansu, die im Dezember stattfinden wird, gewählt (Radio Gansu, 21.11.1979, nach SWB, 3.12.1979). In Hubei gab der dortige Provinz-Rundfunksender am 26.11.79 bekannt, daß die 2.Tagung des V.Provinz-Volkskongresses Ende Dezember stattfinden werde (nach SWB, 1.12.79; siehe auch P.Schier "Über den Stand der Vorbereitung bzw. Einberufung der Volkskongresse der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte" in C.a., September 1979, S.1016-1026; C.a., Oktober 1979, 0.26).

-sch-

### (32) Erste Tagungen von Volkskongressen auf Kreis-, Stadt- und Volkskommunenebene

Bereits vor Inkrafttreten des "Organisationsgesetzes der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen aller Ebenen der Volksrepublik China" am 1.Januar 1980 sind im November 1979 in einigen Kreisen, Städten und Volkskommunen der Volksrepublik China die dortigen Volkskongresse zu Tagungen zusammengetreten und haben die mit dem Inkrafttreten des "Organisationsgesetzes" erforderlich werdende Verwaltungsreform durchgesetzt. Entsprechend den Vorschriften des "Organisationsgesetzes" wählten die Volkskongreß-Abgeordneten der Kreise Gaoyao (Provinz Guangdong), Panyu (Provinz Guangdong), Suileng (Provinz Heilongjiang), Changde (Provinz Hunan) und Longshan (Provinz Hunan) die Mitglieder des Ständigen Ausschusses ihres jeweiligen Volkskongresses sowie dessen Vorsitzenden und seine Stellvertreter. Sie faßten einen Beschluß über die sofortige Umwandlung des Revolutionskomitees ihres jeweiligen Kreises in die Kreis-Volksregierung und wählten den Kreisvorsteher (xianzhang) und seinen Stellvertreter. Darüber hinaus wählten die Volksvertreter der genannten Kreise den Präsidenten ihres jeweiligen Kreis-Volksgerichtshofs und den Ge-

neralstaatsanwalt ihrer jeweiligen Kreis-Volksanwaltschaft (Radio Guangdong, 18.11.79; Radio Heilongjiang, 23.11.79; Radio Hunan, 24.11.79; nach SWB, 3.12.79; Dongxiang, Nr. 15 (16.12.79), S.43). In den Städten Yueyang (Provinz Hunan) und Xining (Provinz Qinghai) wählten die Volksvertreter den Ständigen Ausschuß ihres jeweiligen Volkskongresses, den Bürgermeister (shizhang) und seinen Stellvertreter sowie den Präsidenten ihres jeweiligen städtischen Volksgerichtshofs mittlerer Ebene und den Generalstaatsanwalt der städtischen Volksanwaltschaft. Darüber hinaus beschlossen die Delegierten, ihr jeweiliges städtisches Revolutionskomitee in die städtische Volksregierung umzuwandeln (Radio Hunan, 24.11.79, nach SWB, 3.12.79; Radio Qinghai, 21.11.79, nach SWB, 30.11.79). Als erste Volkskommune der Provinz Sichuan (wenn nicht sogar ganz Chinas!) hielt die Volkskommune Shengli ("Sieg") im Kreis Emei bereits entsprechend den Vorschriften des neuen "Organisationsgesetzes" eine Tagung ihres neugewählten Volkskongresses ab, der anstatt des bisherigen Revolutionskomitees der Volkskommune ein Verwaltungskomitee (guanli weiyuanhui) einsetzte (Radio Sichuan, 25.11.79, nach SWB, 3.12.79).

Bei den Volkskongressen der Kreise Gaoyao, Panyu, Suileng, Changde und der Volkskommune Shengli handelt es sich um lokale legislative Organe, deren Mitglieder ("Volksdelegierte") erst kürzlich bereits nach dem offiziell erst am 1. Januar 1980 in Kraft tretenden "Wahlgesetz des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse aller Ebenen der Volksrepublik China" direkt gewählt wurden (siehe auch die Übersicht "Erste Direktwahlen von Volkskongressen auf verschiedenen lokalen Ebenen" in diesem Heft).

-sch-

### **(33) Zur Absetzung des Finanzminister Zhang Jingfu**

Der chinesischsprachige Rundfunksender "Ba Yi" (1. August), höchstwahrscheinlich ein sowjetischer Propagandasender, berichtete am 13. November 1979, daß Zhang Jingfu deshalb von seinem Posten als Finanzminister abgelöst wurde, weil er sich der Forderung, den Budgetplan der Volksrepublik China nachträglich zugunsten einer verstärkten Aufrüstung zu verändern, widersetzt habe (nach MD, 30.11.79). Zhang Jingfu war durch Beschluß der XI. Plenarsitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses vom 11.-13. September 1979 von seinem Amt als Finanzminister entbunden worden. Statt dessen hatte er den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs der Kommission für Finanzen und Wirtschaft beim Staatsrat erhalten (siehe C.a., September 1979, Ü.16).

-sch-

### **(34) Deng: Wei Jingsheng-Urteil zur Abschreckung**

Der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China, Deng Xiaoping, hat in einem Gespräch mit Vertretern des "Encyclopedia Britannica"-Verlags am 26. November 1979 zugegeben, daß die Verurteilung Wei Jingshengs zu 15 Jahren Haft hart sei. Allerdings habe man ein abschreckendes Beispiel benötigt. Deng wörtlich: "Wir mußten ein Exempel statuieren." (Dongxiang, Nr. 15, v. 16.12.79) In den chinesischen Massenmedien kamen im November mehrere Juristen zu Wort, die die Verurteilung Wei Jingshengs begründeten und gegen in- und ausländische Kritik verteidigten. In Ihren Stellungnahmen wiesen sie vor allem darauf hin, daß Wei Jingsheng nicht nur konterrevolutionäre Auffassungen vertreten habe, sondern eben auch zu konterrevolutionären Handlungen übergegangen sei. Wei habe reaktionäre Artikel geschrieben und reaktionäre Zeitschriften herausgegeben und gedruckt. Er habe diese dann verteilt, als Wandzeitungen aufgehängt und sogar über Ausländer ins Ausland versandt. Schließlich habe er sogar die Unterstützung von Ausländern für seine Sabotagetätigkeiten in Anspruch genommen und dafür sogar einem Ausländer militärische Geheimnisse verraten. All dies sei konterrevolutionäres Verhalten, und zwar sowohl vom Denken als auch vom Handeln her. Dadurch habe Wei Jingsheng die "Vier Modernisierungen" unterminiert, die vier grundlegenden Prinzipien (festhalten an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas, am sozialistischen System und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen) sabotiert, die Einheit und Stabilität im Lande gefährdet und einen Sturz der Diktatur des Proletariats vorbereitet (XNA, 9.11.79; Xinhua, 8. und 10.11.79, nach SWB, 16.11.79)

-sch-

### **(35) Weitere Repressionen gegen Angehörige demokratischer Vereinigungen**

Nach der Verurteilung des Herausgebers der Untergrundzeitschrift "Tansuo" (Erkundungen), Wei Jingsheng, zu 15 Jahren Haft am 16. Oktober 1979 und der Ablehnung seiner Berufung gegen dieses Urteil am 6. November 1979 (siehe C.a., Oktober 1979, Ü.28) setzt die chinesische Führung die Unterdrückung der Aktivitäten der demokratischen Vereinigungen im November verstärkt fort:

- Anfang November wurde von den Peking Behörden die weitere Herausgabe der Untergrundzeitschrift "Tansuo" verboten (MD, 7.11.79; Zhengming, Nr. 26 vom 1.12.79, S.20).

- Gleichzeitig wurde auch das weitere Erscheinen der Zeitschrift "Beijing zhi Chun" (Pekinger Frühling) offiziell untersagt, zu deren

Herausgebern das Mitglied des ZK des Kommunistischen Jugendverbands, Han Zhixiong, zählt (ebenda).

- Am 10. November 1979 wurden vier Aktivisten der demokratischen Bewegung verhaftet, darunter die Organisatoren der Demonstration und des Unterrichtsstreiks der Studenten der Pekinger Volksuniversität gegen die Besetzung von Gebäuden der Universität durch das Zweite Artillerieregiment der Pekinger Garnison der Volksbefreiungsarmee am 10. Oktober 1979 (MD, 15.11.79; Asia Week, 14.12.79; siehe auch C.a., Oktober 1979, Ü.28).

- Am 11. November 1979 verhafteten 50 uniformierte Polizisten drei Personen, die an der "Mauer der Demokratie" am Xidan-Markt nicht-offizielle Protokolle vom Prozeß gegen Wei Jingshen verkauften (MD, 15.11.79; Zhengming, Nr.26 vom 1.12.79, S.18-20).

- Am 12. November 1979 wurde der stellvertretende Herausgeber der Zeitschrift "Siwu Luntan" (Tribüne des 5. April), Liu Qing, verhaftet, nachdem er und vier seiner Freunde zur Polizei gegangen waren und um Erklärung zu den vorgenannten drei Verhaftungen am 11. November gebeten hatten (ebenda).

- Am 18. November 1979 wurden an der "Mauer der Demokratie" erneut drei Personen von der Polizei verhaftet, als sie versuchten, ein ca. 10 Seiten umfassendes inoffizielles Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen den Oppositionellen Wei Jingsheng vom 16. Oktober 1979 zu verkaufen (MD, 19.11.79; Asia Week, 14.12.79).

- Am 27. November 1979 forderte der Ständige Ausschuß des NVK das Revolutionskomitee der Stadt Peking auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die "Mauer der Demokratie" am Xidan-Markt nicht dazu genutzt werde, illegale Aktivitäten auszuführen, die soziale Ordnung durcheinanderzubringen und den Prozeß der "Vier Modernisierungen" zu behindern (XNA, 27.11.79; siehe auch die Übersicht "12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK" in diesem Heft).

Die Repressionen gegen Angehörige demokratischer Vereinigungen beschränken sich keineswegs auf Peking allein. In Tianjin wurden beispielsweise am 26. Oktober 1979 die Herausgeber der Dissidenten-Zeitschrift "Die Ufer des Bohai", Lu Honglai und Song Jinrong, verhaftet, als sie eine Wandzeitung gegen Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei anbrachten (AFP, 29.10.79, nach SWB, 23.11.79).

Die forcierte Unterdrückung der "Demokratischen Bewegung" wurde jedoch nur teilweise von einer entsprechenden ideologischen Trommelfeuer in den Massenmedien begleitet.

- Die Volkszeitung druckte am 10. November 1979 einen Bericht über eine Rede des 1. Parteisekretärs der Provinz Sichuan und Politbüromitglieds Zhao Ziyang ab, in der dieser mit den

Personen scharf ins Gericht ging, die - so Zhao Ziyang - "die Führung durch die Partei und die Diktatur des Proletariats in Frage stellen und negieren und die bürgerliche Liberalisierung betreiben". Obwohl Zhao die Meinung vertrat, daß man hauptsächlich gegen den üblen Einfluß der ultralinken Linie kämpfen müsse, damit der Slogan der Ultralinken ("Alle politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao verteidigen wir entschlossen, und alle Weisungen des Vorsitzenden Mao befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen") immer weniger Anhänger finde, widmete er den größten Teil seiner Ausführungen "der Tendenz zu einer bürgerlichen Liberalisierung", die es gleichsam zu bekämpfen gelte. Eine bürgerliche Liberalisierung - wie sie bereits an einigen Orten eingesetzt habe - würde zu einer Schwächung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei führen. Es gelte jedoch die Führung durch die KPCh zu stärken, indem man die Autorität und das Ansehen der Partei schütze.

Deshalb - so Zhao Ziyang - "dürfen wir unter keinen Umständen die sozialistische Demokratie mit der kapitalistischen Demokratie verwechseln, das bürgerlich-demokratische System nachahmen und eine bürgerliche Liberalisierung betreiben". Die Verwirklichung von Demokratie in China müsse sich auf jeden Fall im Rahmen der "Vier Modernisierungen" bewegen und den "Vier Modernisierungen" dienen - eine Position Deng Xiaopings, die dieser bereits am 16. März in einer Brandrede auf die demokratische Bewegung vorgetragen hatte (siehe C.a., März 1979, Ü.17). Die Rede Dengs hatte damals die erste Unterdrückung der "demokratischen Bewegung" eingeleitet. Zhao Ziyangs Ansprache war der Vorbote für die zweite (siehe oben).

- Am schärfsten fiel wieder einmal die Einschätzung der Arbeiterzeitung (Gongren Ribao) aus, was wenig verwundert, da an der Spitze des Nationalen Gewerkschaftsverbandes Chinas mit Ni Zhifu ein Mitglied der maoistischen Restfraktion im Politbüro steht. In einem Artikel vom 22. November 1979 wurden die Aktivisten der demokratischen Bewegung in unmittelbare Verwandtschaft zum Anarchismus gestellt, der wiederum eine Form des bürgerlichen Individualismus sei. Für die Anarchisten im heutigen China seien - so die Arbeiterzeitung - folgende Merkmale kennzeichnend:

1. Sie fordern Partei und Staat auf, ihr unersättliches Streben nach persönlichem Gewinn zu erfüllen, und wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, mißachten sie die Arbeitsdisziplin.
2. Sie verlangen eine Freiheit, die die demokratischen Rechte der Mehrheit beschneiden würde.
3. Im Namen der 'geistigen Emanzipation' verbreiten sie Zweifel an allem und versuchen, China weg vom Sozialismus auf den Weg des Kapitalismus und des Feudalismus zu bringen.
4. Sie beurteilen alles vom Standpunkt ihrer unmittelbaren Interessen aus und mißachten die grundlegenden Gesetze, die die Entwicklung der



Gesellschaft bestimmen" (XNA, 22.11.79).

- Eine von den beiden vorgenannten abweichende Meinung veröffentlichte die Volkszeitung am 14. November mit dem Artikel des Theoretikers Guo Luoji, "Politische Fragen können diskutiert werden". In seinem Aufsatz, der in Form eines Gespräches abläuft, kritisiert die Gestalt des "Da Sun", durch den der Autor offensichtlich seine eigene Ansicht vortragen läßt, zunächst den Standpunkt, daß nur wissenschaftliche Fragen kontrovers diskutiert werden dürfen: Die Verwirklichung sozialistischer Demokratie müsse vielmehr dem Volk das Recht bringen, auch über politische Fragen seine verschiedenen Meinungen zu äußern und darüber zu diskutieren. "Der Begriff 'Freiheit'" - so "Da Sun" - "bezeichnet etwas Kostbares. Aber gewisse Leute haben ein bestimmtes Vorurteil: Sobald das Wort 'Freiheit' fällt, verurteilen sie das als 'bürgerliche Liberalisierung'. Warum sollen wir eigentlich alle 'Freiheit' der Bourgeoisie überlassen?" - Die Kritik des Autors an der vier Tage zuvor von der Volkszeitung veröffentlichten Position Zhou Ziyangs wird hier überdeutlich. "Da Sun" weiter: "In der Verfassung steht schwarz auf weiß, daß die Bürger das Recht auf Redefreiheit haben,.. und wenn es keine Diskussion politischer Fragen gibt, dann gibt es auch keine sozialistische Demokratie. Wenn da gesagt wird, man müsse dem aber gewisse Grenzen setzen, dann ist es wohl das wichtigste, daß man eine Grenze zieht zwischen Denken und Handeln. Was das Denken angeht, so kann man alle Fragen diskutieren, ganz gleich, ob es sich um politische, wissenschaftliche oder sonst was für Fragen handelt. Was das Handeln betrifft, so muß man sich an die Verfassung, die Gesetze und die verschiedenen Verordnungen und Vorschriften halten... Durch sein Handeln ist der Konterrevolutionär erst zu einem solchen geworden (aber nicht schon durch sein Denken und seine geäußerten Auffassungen! Anm.d.Verf.) ... Was nun, wenn einer konterrevolutionäre Reden schwingt? Ganz einfach: Man antwortet ihm mit revolutionären Parolen, diskutiert mit ihm und kritisiert ihn. Konterrevolutionäre Reden darf man nicht unbeantwortet lassen, aber man darf die Leute, die sie schwingen, auch nicht verhaften. Gesetzlich bestraft werden nämlich Handlungen und nicht Meinungen."

Nicht nur in den chinesischen Massenmedien waren die Ansichten über die Frage, wieviel bzw. wie wenig Freiheiten die Mitglieder der demokratischen Vereinigungen und Aktivisten der "Demokratischen Bewegung" künftig genießen sollen. Auch in der chinesischen Staats- und Parteiführung scheint es hierzu unterschiedliche Auffassungen zu geben: Während die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses am 27. November 1979 übereinstimmend zu der Meinung kamen, daß die an der "Mauer der Demokratie" bisher gewährte Rede- und Meinungsfreiheit zu weitgehend gewesen sei und dieses "Problem" durch "entsprechende Maßnahmen" gelöst werden müsse, vertrat der Konstrukteur des

neuen politischen Kurses der Volksrepublik China, Deng Xiaoping, noch am 26. November in einem Gespräch mit dem Generaldirektor des amerikanischen Verlags, der die "Encyclopedia Britannica" herausgibt, die Auffassung, daß die "Mauer der Demokratie" beibehalten werden sollte (Dongxiang, Nr.15, (16.12.79), S.4).  
-sch-

### (36) Zahl der Opfer des Tangshan-Erdbebens von 1976 offiziell bekanntgegeben

Bei dem Tangshan-Erdbeben am 28. Juli 1976 sind in den Gebieten der Städte Tangshan, Tianjin und Peking insgesamt über 242.000 Menschen umgekommen. Mehr als 164.000 Menschen erlitten dabei schwere Verletzungen. Diese ersten offiziellen chinesischen Angaben über die Opfer des Tangshan-Erdbebens wurden auf der Gründungsversammlung der Chinesischen Gesellschaft für Seismologie am 22. November 1979 gemacht (RMRB, 23.11.79). Damit wurde indirekt einem Artikel in der Hongkonger "South China Morning Post" widersprochen, in dem ein angeblicher Geheimbericht (der am 6.8.1976 bei einer Konferenz über Hilfsmaßnahmen für die Erdbebenopfer von Partei- und Regierungsstellen der Provinz Hebei erstellt worden sein soll) zitiert wurde, nachdem das Tangshan-Erdbeben 655.237 Menschenleben, 78.000 Schwerverletzte und 700.000 Leichtverletzte gekostet haben soll (siehe O. Weggel, "Rückblick auf das Erdbeben von Tangshan" in C.a., Januar 1979, S.737).

Auf der Versammlung der Chinesischen Gesellschaft für Seismologie am 22. November 1979 wurde weiterhin bekanntgegeben, daß das Tangshan-Erdbeben die Stärke 7,8 auf der Richter-Scala und die Stufe 11 der Mercalli-Scala im Epizentrum des Bebens erreichte. Das Beben habe das dichtbevölkerte Industriegebiet von Tangshan um 3.42 morgens (Pekinger Zeit) getroffen. Da die Erdbebenwarten keine Vorwarnung gegeben hätten, seien die Verluste sehr groß gewesen. Erste konkrete Angaben über das Tangshan-Erdbeben hatten amerikanische Fachleute für erdbebensichere Bauten vom Technologischen Institut von Kalifornien bekommen, die im Mai und Juni 1979 die Stadt Tangshan besucht hatten (siehe hierzu C.a., Juni 1979, Ü.28).  
-sch-

### (37) Familienplanung

Dem angestrebten Ziel, das Bevölkerungswachstum bis 1985 auf 5/00 zu senken, versuchen die Chinesen einerseits mit einer Erziehungskampagne, andererseits mit materiellen Anreizen näherzukommen. Am Beispiel Pekings läßt sich darstellen, welche Methoden im einzelnen angewendet werden. Anfang November wurde unter der Stadtbevölkerung sowie unter der in den Randgebieten wohnenden Bevölkerung eine Kampagne zur Propa-

gierung der "Ein-Kind-Familie" eingeleitet. Familien mit einem Kind erhalten ein "Zeugnis", das Einzelkindern bevorzugte Aufnahme in Kindergärten und Schulen, bevorzugte medizinische Behandlung und Einstellung in Fabriken (vorausgesetzt, sie sind ebenso qualifiziert wie andere Bewerber) gewährt. Familien mit einem Kind erhalten einen jährlichen Bonus von 60 Yuan, die jedoch - ebenso wie das Zeugnis - zurückzugeben sind, falls ein weiteres Kind folgt. Familien mit einem Kind genießen auch in bezug auf Wohnraum Vorzugsbehandlung: Fortan wird in der Stadt allen Familien ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder der gleiche Wohnraum zugeteilt, und zwar so bemessen, als ob es sich um eine Familie mit zwei Kindern handelte. Entsprechend erhalten Familien auf dem Lande ihre Privatparzellen an Land zugeteilt.

Familien mit mehr als zwei Kindern werden mindestens zehn Prozent ihres Lohnes oder ihrer Arbeitspunkte abgezogen als eine Art Steuer, die die Familien an der wirtschaftlichen Belastung des Staates beim Aufziehen der Kinder beteiligen soll. In China betragen heute die Kosten für Erziehung und andere Wohlfahrtseinrichtungen pro Kind von der Geburt bis zum Alter von 16 Jahren in Großstädten wie Peking 6.900 Yuan, auf dem Lande 1.600 Yuan. Wenn ein Kind studiert, kommen noch 6.000 Yuan hinzu.

Kinderlose alte Leute sollen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ihren vollen Lohn weiter erhalten. Alte Bauern ohne Kinder, die nicht mehr arbeiten können, sollen von ihren Produktionsgruppen unterstützt werden.

Im Rahmen der Erziehungskampagne werden vor allem die Vorteile einer Ein-Kind-Familie propagiert. Während diese Propaganda in der Stadt durchaus auf fruchtbaren Boden fällt, ist die Bevölkerung auf dem Lande nur schwer für diese Politik zu gewinnen. Hier sind traditionelle Vorstellungen von der Überlegenheit männlicher Nachkommen und von einer möglichst großen Zahl von Söhnen noch fest verwurzelt. Sie erklären, warum die Geburtenziffer auf dem Lande immer noch höher als in der Stadt ist. Laut Statistik entfielen im Jahre 1978 in den ländlichen Gebieten 15% aller Geburten auf Familien, in denen bereits zwei Kinder vorhanden waren, während dieser Prozentsatz in der Hauptstadt selbst nur 0,6% betrug (XNA, 7.11.1979).

Der Erfolg der chinesischen Modernisierungsbestrebungen wird wesentlich von einer Senkung des Bevölkerungswachstums abhängen. Deshalb können die Chinesen nicht auf solch harte Maßnahmen wie z.B. die "Besteuerung" kinderreicher Familien verzichten.

-st-

### (38) Folterungen und erzwungene Geständnisse sollen der Vergangenheit angehören

Nachdem Ende Juli 1979 die Teilnehmer der dritten nationalen Konferenz über gerichtliche Voruntersuchungen, die vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit einberufen war, mit allem Nachdruck darauf hingewiesen hatten, daß es strikt verboten sei, Geständnisse durch Folterungen zu erzwingen (Xinhua, 31.7.79, nach SWB, 7.8.79), werden in den chinesischen Massenmedien derartige Praktiken verstärkt angeprangert. Die Volkszeitung griff am 17.8.1979 Kräfte der Polizei an, die unter Anwendung von Gewalt Geständnisse erzwungen und Angeklagte ohne ersichtlichen Grund unbegrenzt in Gewahrsam gehalten hätten. So berichtete Radio Heilongjiang am 3.9.1979 (nach SWB, 20.9.79) von einem Arbeiter, der im Mai dieses Jahres von Sicherheitskräften seiner Fabrik widerrechtlich verhaftet und 10 Tage lang gefoltert worden sei, bis man schließlich den wahren Schuldigen gefunden habe. Am 21. Oktober 1979 berichtete der gleiche Sender (nach SWB, 27.11.79) von einem weit folgenreicheren Vorfall aus den Jahren 1975/76:

Unter der Beschuldigung, Sojabohnenkuchen gestohlen zu haben, wurde in einer Volkskommune im Kreis Linkou in der Provinz Heilongjiang ein Mann namens He verhaftet und vier Tage lang gefoltert, bis er ein - falsches - Geständnis machte. Auf Grund dieses falschen Geständnisses wurde ein zweiter Mann namens Cai verhaftet, 110 Tage lang in Gewahrsam gehalten und gefoltert, weil er sich weigerte, ein Geständnis zu machen. Aus diesem Grund wurden weitere Untersuchungen gegen die Verwandten von Cai und He und einige weitere Kommune-Mitglieder angeordnet - insgesamt wurden davon 44 Personen betroffen. Von diesen 44 Personen wurden elf in Gewahrsam genommen, 14 unter Folter vernommen, neun wurden bestraft und vier begingen Selbstmord. Bei der Wiederaufnahme des Falles im Mai 1979 stellte sich die Unschuld aller ursprünglich beschuldigten, gefolterten und in Haft genommenen Personen heraus.

Daß derlei Praktiken nicht ein Spezifikum der kulturevolutionären Zeit unter Mao und der "Viererbande" sind, wurde von den Teilnehmern der dritten nationalen Konferenz über gerichtliche Voruntersuchungen offen zugegeben: "Die Erzwingung von Geständnissen durch Folter" - so hieß es höchst offiziell - sei ein "chronisches und hartnäckiges Übel", das "resolut bekämpft" werden müsse (Xinhua, 31.7.79, nach SWB, 7.8.79).

-sch-

### (39) Radaubröder auch unter Chinas Fußballfans

Mit der wachsenden Beliebtheit des Fußballsports in der Volksrepublik China kommt es anscheinend auch zu den negativen Begleiter-

scheinungen, die man von europäischen Fußballmatchen her kennt: Zuschauerausschreitungen, Schlägereien, gefälschte Eintrittskarten und Zutritt ohne Bezahlung. So kam es am 12. August 1979 nach dem Abpfiff des Spiels der Ersten chinesischen Liga zwischen den Mannschaften von Tianjin und Guangdong im Tianjiner Fußballstadion zu Zuschauerausschreitungen gegen den Trainer des Guangdonger Fußballteams: Nachdem der Guangdonger Coach zunächst von einer Menschenmenge mit einigen unflätigen Worten bedacht worden war, wurden einige Tianjiner Fußballfans handgreiflich und bewarfen den Trainer der gegnerischen Mannschaft mit Steinen. Zwei Ruhestörer wurden festgenommen und für zwei Tage in Disziplinarhaft gesteckt. Ein weiterer kam mit einer Verwarnung davon (Radio Tianjin, 15.8.79, nach SWB, 25.8.79). In Kanton, wo die Meistermannschaft dieser Saison, das Team von Guangdong, vor einer regelmäßigen Kulisse von 10.000 Zuschauern spielt, wurden am 23.10.79 22 Fußballfans bestraft. Unter ihnen befanden sich Radaubröder, die Zuschauerausschreitungen angestachelt hatten und solche Besucher, die sich ohne Ticket oder mit einer gefälschten Eintrittskarte in das Stadion geschmuggelt hatten. Erwischt und mit drei yuan bestraft (ca. 3.60 DM) wurde auch ein Angestellter des Kantoner Yuexiushan-Stadions, der sich zwei nicht reservierte Tickets angeeignet und damit einem Verwandten und einem Freund Eintritt zum Spiel verschafft hatte. Nachdem es in letzter Zeit in Kanton zu erheblichen Zuschauerausschreitungen gekommen war, die teilweise den Spielablauf gestört hatten, beschloß das Kantoner Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Radaubröder unter den chinesischen Fußballfans nach den Strafbestimmungen für Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verfolgen (Radio Kanton, 24.10.79, nach SWB, 10.11.79). Mit der Wiedereinführung des Leistungsprinzips auch im Sport scheinen jene kulturevolutionären Tage endgültig vorbei zu sein, in denen die Zuschauer sich jeder Parteinahme enthielten und selbst dann noch durchgängig Beifall spendeten, wenn der Torwart der heimischen Mannschaft dem gegnerischen Stürmer für ein gerade gegen ihn erzieltos Tor per Handschlag gratulierte.

-sch-

## VERTEIDIGUNG

### **(49) Armee und Modernisierung**

Weg mit den alten Dogmen!

Drei Ereignisse mußten zusammentreffen, um den vor allem in der Armee grassierenden Dogmatismus ins Wanken zu bringen, nämlich der Sturz "Lin Biaos und der Viererbande" (beide werden seit etwa einem Jahr in einen Topf geworfen), ferner der Beschluß zur Modernisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Militärwesens und schließlich der Anschauungsunterricht

des Vietnamfeldzuges vom Frühjahr 1979, der so manchem hartgesottenen Politikkommissar die Augen geöffnet hat.

Bevor entscheidende Konsequenzen für eine ideologische Neuorientierung gezogen werden können, muß zunächst einmal mit dem bisherigen Denken aufgeräumt werden. Hier freilich gilt es, ein heißes Eisen anzufassen; denn wohl auf keinem anderen Gebiet hat Mao Zedong so detailliert und entschieden Akzente gesetzt wie im militärstrategischen und -taktischen Bereich.

Die Diskussion wurde offensichtlich ausgelöst durch einen Grundsatzartikel des Verteidigungsministers Xu Xiangqian zum 30. Jahrestag der Volksrepublik, der in der Oktoberausgabe der Hungqi (S.28-33) nachgedruckt wurde. Der Gedankengang des Artikels: Eine neue Zeit ist angebrochen, in der man sich über Atombomben, Wasserstoffbomben und Lenk Waffen Gedanken machen muß. China habe zwar in einigen seiner militärischen Unternehmungen nach 1949, wie z.B. bei der Hilfe für Korea, beim Grenzkrieg mit Indien, beim Kampf mit den Sowjets um die Zhenbao-Insel (im Ussuri) und mit den Vietnamesen um die Paracelinseln sowie bei dem Frühjahrsfeldzug von 1979 gegen Vietnam beachtliche Erfolge errungen. Doch müsse man davon ausgehen, daß China nicht nur im Bereich der Wirtschaft und der Wissenschaft, sondern auch der Bewaffnung ein Entwicklungsland sei und daß deshalb die militärische Modernisierung effektiv in Angriff genommen werden müsse. Allerdings dürfe man die nationale Verteidigung nicht in blindem Eifer, sondern in enger Fühlungnahme zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung aufbauen. Vorbildlich für diese Verknüpfung beider Sektoren sei die Politik Anfang der sechziger Jahre gewesen, wo man zuerst die Wirtschaft wieder angekurbelt und dann die Aufrüstung habe folgen lassen, deren wichtigste Ergebnisse die Atombombe, die Wasserstoffbombe, der Start von Satelliten und verschiedene Waffen für die drei Waffengattungen gewesen seien. Ganz in diesem Sinne müsse man auch heute Schritt für Schritt die Verteidigungsindustrie aufbauen und dabei Waffensysteme entwickeln, die den geographischen Gegebenheiten an den verschiedenen Abschnitten der chinesischen Grenzen, aber auch der Dreiheit der chinesischen Verteidigungskräfte (Hauptstreitkräfte, lokale Streitkräfte und Milizen) angemessen sind. Gleichzeitig müsse vom Ausland die nötige Technologie übernommen werden.

Eine solche Modernisierung lasse sich aber nur bewerkstelligen, wenn auch ideologisch eine neue Haltung bezogen werde und wenn man sich auf neue Taktiken und Strategien umstelle. Die französischen Streitkräfte hätten ihren Stillstand im militärischen Denken während des Zweiten Weltkrieges teuer bezahlen müssen.

Kann man unter den heutigen Umständen noch das Militärdenken Maos maßgebend sein lassen? Die Antwort: Maos militärische Theorien sind entstanden aus der Verbindung allgemeiner marxi-